

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **11.12.2008** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/017

Beginn öffentlicher Teil: 16:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:10 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:08 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:15 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Degenhard, Walter
Ethner, Regina
Fleischmann, Michael
Gärtner, Bodo
Gersemann, Christiane
Gilke, Anette
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Leykum, Maria
Lüddecke, Dieter
Meinig, Birgit
Morich, Hans-Dieter
Obst, Wolfgang
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Weber, Ulrike
Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.
Zielonka, Holger Dr.

Entschuldigt

Leppert, Florian

Verwaltung

Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Controller	Kauter, Theo
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik
Stadtinspektorin z.A.	Vitt, Silke
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 09. Oktober 2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 1. Strompreiserhöhung der Stadtwerke Burgdorf GmbH - Das Linksbündnis Burgdorf -
 2. Castortransport durch den Burgdorfer Bahnhof - Das Linksbündnis Burgdorf -
5. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2008 0438
6. 3. Änderung der Satzung über die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2008 0457
7. 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 2008 0465
8. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2008 0452
9. Weihnachtsbeihilfe für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII;
- Antrag Das Linksbündnis vom 17.09.2008 -
Vorlage: 2008 0425
10. Stellenplanentwurf 2009
Vorlage: 2008 0423

- 10.1. Stellenplanentwurf 2009;
hier: Berichtungen der schematischen Übersichten
Vorlage: 2008 0423/1
- 10.2. Stellenplanentwurf 2009;
hier: Schaffung von zwei Ausbildungsplätzen im 'JohnnyB.'
Vorlage: 2008 0423/2
- 10.3. Stellenplanentwurf 2009;
hier: Ergebnisse der Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses vom
08.12.2008
Vorlage: 2008 0423/3
- 11. Entwurf Haushaltsplan 2009
Vorlage: 2008 0421
- 11.1. Haushaltssatzung 2009; Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 09.12.2008
Vorlage: 2008 0421/2
- 11.2. Haushaltssatzung 2009 - Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 2008 0421/1
- 12. Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 2008 0422
- 12.1. Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 2008 0422/1
- 13. Ernennung des Stadtbrandmeisters und des stellv. Stadtbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf
Vorlage: 2008 0439
- 14. Ernennung des Ortsbrandmeisters und des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Burgdorf
Vorlage: 2008 0440
- 15. Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses; hier: Änderung der Geschäftsordnung
Bezugsvorlagen: 0006/06/16. WP und 0006/06/16.WP/1
Vorlage: 2008 0442
- 16. Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses; hier: Verteilung der Ausschussvorsitze und Benennung der/des Vorsitzenden
Bezugsvorlage: 2008 0442
Vorlage: 2008 0445
- 17. Bildung der Ratsausschüsse; hier: Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses
Bezugsvorlage: 2008 0442
Vorlage: 2008 0443
- 18. Ergänzung der Ausschüsse des Rates; hier: Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses
Bezugsvorlage: 2008 0442
Vorlage: 2008 0446

19. 1. Änderung des Bebauungsplans "Peiner Weg - Duderstädter Weg - Ringstraße",
Nr. 0-05/1
- Satzungsbeschluss -
Bezugsvorlage 2008 0394 - Entwurf -
Bezugsvorlage 2008 0386 "Städtebauliche und architektonische Konzepte für
Wohnprojekte `Selbstbestimmt Leben im Alter`"
Vorlage: 2008 0450
20. Benennung einer Straße/eines Platzes nach Jürgen Rodehorst
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 24.11.2008-
Vorlage: 2008 0467
21. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2008 0433
22. Resolution des Rates der Stadt Burgdorf; hier: Verbesserung der Qualität in den
Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 30.11.2008 -
Vorlage: 2008 0468

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“.

Fragen wurden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Ortsvorsteher der Ortschaften Heeßel und Beinhorn, Herrn Staringer und Herrn Köneke, den Stadthistoriker Herrn Neumann, die Vertreter der Ortsfeuerwehr Burgdorf sowie die Vertreter der Presse. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Walter wies darauf hin, dass die Tagesordnung für die Sitzung um den TOP 10.3 - Vorlage 2008 0423/3 -, TOP 11.1 – Vorlage 2008 0421/2, TOP 11.2 - Vorlage 2008 0421/1 sowie um TOP 12.1 – Vorlage 2008 0422/1 zu ergänzen sei.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass es sich um Änderungen aufgrund der Beschlüsse im Verwaltungsausschuss vom 09.12.2008 handele.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wurde mit 30 Ja-Stimmen beschlossen.

Die Ratsmitglieder Frau Prof. Dr. Dr. Ina Wunn sowie Herr Bodo Gärtner waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 09. Oktober 2008

Weiterhin wies **Herr Walter** darauf hin, dass im Protokoll der Ratsitzung vom 09.10.2008 eine Änderung vorzunehmen sei. In der Einwohnerfragestunde, vor Beginn der Tagesordnung, habe Herr Trappmann die Frage eines Bürgers zum Einzelhandelskonzept beantwortet. Der von Herrn Trappmann geschilderte Sachverhalt sei im Protokoll nicht korrekt wiedergegeben worden.

Die Änderung lautet wie folgt: (Die Änderungen sind grau unterlegt)

„**Herr Trappmann** entgegnete hierzu, dass das Einzelhandelskonzept bereits ausgiebig diskutiert worden sei, wies aber nochmals darauf hin, dass mittels **der Bebauungsplanänderung** eine zentren- und nahversorgungsrelevante Ansiedlung im Bereich „An der Mösch“ ausgeschlossen werden soll, um die **Zentrenfunktion der** Innenstadt zu sichern. Die Eingabe des Herrn Niemeyer sei bereits bei der Aufstellung des **Bebauungsplanes** „An der Mösch“ berücksichtigt worden und mit in **den Abwägungsvorschlag** eingeflossen. Nunmehr sei die heutige Abstimmung des Rates entscheidend.“

Herr Fleischmann bemängelte, dass in der Anlage 8 – Einwohnerfragestunde vor Beginn der Tagesordnung- die Antwort des Herrn Walter auf die Anfrage des Herrn Hartmut Mauch hinsichtlich der Erhöhung der Strompreise zu kurz dargestellt worden sei.

Frau Weber merkte an, sie sei lediglich bei dem Tagesordnungspunkt 17 nicht anwesend gewesen.

Beschluss:

Die geänderte Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 09.10.2008 wurde mit 29 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Die Ratsmitglieder Frau Prof. Dr. Dr. Ina Wunn sowie Herr Bodo Gärtner waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Baxmann wies darauf hin, dass im Rahmen der letzten Sitzung des Rates am 09.10.2008 eine Resolution verabschiedet worden sei. Die Antwort auf diese Resolution liege nunmehr allen Ratsfrauen und Ratsherren in Kopie vor.

Herr Walter erwähnte, dass der Ratsherr Hartmut Unverzagt am 14.11.2008 Geburtstag hatte und beglückwünschte diesen nachträglich.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
1. Strompreiserhöhung der Stadtwerke Burgdorf GmbH - Das Linksbündnis Burgdorf -
2. Castortransport durch den Burgdorfer Bahnhof - Das Linksbündnis Burgdorf -

Herr Fleischmann erläuterte zunächst seine Anfrage vom 26.11.2008 hinsichtlich der Strompreiserhöhung der Stadtwerke Burgdorf GmbH zum 01.01.2008 (siehe Anlage 1).

Die Beantwortung der Fragen erfolgte im Rahmen der Ratssitzung mündlich durch **Herrn Philipps**, Leiter des Fachbereichs 2 (Finanzen, Gebäudewirtschaft, Ordnung, Soziales). Die Antworten auf die Anfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt (siehe Anlage 2).

Im Anschluss zitierte **Herr Fleischmann** den § 111 (4) NGO. Der Rat sei seiner Ansicht nach nicht frühzeitig informiert worden, sondern nur der Verwaltungsausschuss. Die Gesellschaftervertreter der Stadt Burgdorf hätten somit ihre Pflichten verletzt.

An Herrn Fleischmann gerichtet wies **Herr Baxmann** darauf hin, dass das Protokoll der Sitzungen des Verwaltungsausschuss allen Ratsfrauen und Ratsherren zur Verfügung gestellt werde, so dass diese über die notwendigen Informationen verfügen.

Im Anschluss erläuterte **Herr Fleischmann** seine Anfrage vom 01.12.2008 (siehe Anlage 3). Ferner wies Herr Fleischmann darauf hin, dass ihm diesbezüglich entsprechendes Filmmaterial vorliege.

Die Beantwortung der Fragen erfolgte im Rahmen der Ratssitzung mündlich durch **Herrn Baxmann**. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt (siehe Anlage 4).

5. **Änderung der Entwässerungsabgabensatzung**
Vorlage: 2008 0438

Herr Fleischmann stellte zu der Vorlage 2008 0452 einen Änderungsantrag und erläuterte diesen. Er wies darauf hin, dass laut Vorlage die Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung um 0,08 € pro m³ angehoben werden sollten, wobei die Gebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung unverändert bleibe. Die Anhebung der Gebühren sei mit einer „Unterdeckung“ begründet worden. Bei der Niederschlagswasserbeseitigung habe die Stadt einen deutlichen Gewinn erzielt. Vor diesem Hintergrund stelle er den Änderungsantrag, die Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung um 0,08 € zu verringern, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu entlasten.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass die Gebührentatbestände nach gesetzlichen Grundlagen zu berechnen seien. Im Übrigen habe die Stadt in einem Dreijahresrhythmus einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt vorzulegen. Mehreinnahmen seien im jeweiligen Folgejahr als Mindereinnahmen zu berücksichtigen, d.h. die Gebühren seien entsprechend anzupassen. Er ergänzte, dass die entstehenden Kosten nicht zu 100 Prozent durch Gebühren gedeckt seien, sondern zum Teil durch allgemeine Deckungsmittel (Steuern) finanziert werden. Man könne nur das in die Gebührenberechnung einbeziehen, was rechtlich vorgegeben sei. Aus diesem Grunde habe man hier auch keinen Spielraum.

Herr Fleischmann erklärte daraufhin, dass der Spielraum gemäß der Vorlage 2008 0438 nach oben voll ausgeschöpft werde.

Herr Philipps bestätigte gegenüber Herrn Fleischmann, dass die Aussagen von Herrn Baxmann korrekt seien. Er verwies hierzu auf die Ausführungen der Seiten 46 und 47 der Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2007.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 31 –Ja Stimmen und 1 Enthaltung die 11. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2008 0438 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten Fassung).

**6. 3. Änderung der Satzung über die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2008 0457**

Herr Fleischmann erklärte, er werde der Vorlage nicht zustimmen. Wenn der City-Markt nicht eröffnet worden wäre, hätte man auch den Standort des Wochenmarktes nicht verlegen müssen. Daher werde er die Vorlage nicht mittragen.

Herr Schrader verwies auf eine gegebenenfalls noch vorzunehmende Änderung der Lageskizze, welche der Vorlage als Anlage beigefügt sei.

Herr Baxmann erklärte, man werde dies prüfen und soweit erforderlich korrigieren.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 31 Ja-Stimmen und einer 1 Gegenstimme die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (in der der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten Fassung).

**7. 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 2008 0465**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf – Marktgebührensatzung- (in der der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten Fassung).

8. **Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2008 0452**
-

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig die 9. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 19.11.1987 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2008 0452 ergebenden (und der der Originalniederschrift als Anlage D beigefügten Fassung).

9. **Weihnachtsbeihilfe für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII;
- Antrag Das Linksbündnis vom 17.09.2008 -
Vorlage: 2008 0425**
-

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag vom 17.09.2008 hinsichtlich einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe. Die Mitglieder im Sozialausschuss hätten den Antrag des Linksbündnisses abgelehnt, allen bedürftigen Burgdorferinnen und Burgdorfern zu Weihnachten einen Betrag von 80,00 € zukommen zu lassen, obwohl durch Einführung von Hartz 4 (ALG II) die Weihnachtsbeihilfe abgeschafft worden sei. Herr Fleischmann verwies hierzu auf die drastische Erhöhung der Energiepreise sowie die generell steigenden Kosten, welche die finanzielle Lage der Betroffenen weiterhin dramatisch verschärften.

Frau Weilert-Penk wies darauf hin, dass die Ratsmitglieder im Ausschuss für Soziales den Antrag des Linksbündnisses nicht, wie von Herrn Fleischmann angesprochen, „vom Tisch gewischt“, sondern sich sachlich und kompetent mit diesem Antrag auseinandergesetzt hätten. Sie habe u.a. Herrn Fleischmann versucht zu erklären, dass es sich um eine staatliche Leistung handele, welche nicht auf die Kommune übertragen werden könne. Die Mitglieder des Fachausschusses hätten versucht die finanziellen Nöte der Betroffenen auszugleichen, indem beispielsweise Schulbeihilfen i.H.v. rd. 30.000,00 € in den Haushalt 2009 eingestellt worden seien. Darüber hinaus seien im Haushalt 2009 Zuschüsse für Hausaufgabenhilfe i.H.v. rd. 14.000,00 € enthalten.

Ferner erklärte **Frau Weilert-Penk** dass die Antwort der Bundesregierung auf die Resolution des Rates der Stadt Burgdorf nicht so ausgefallen sei, wie man es sich gewünscht habe. Man könne als Kommune daher nur ausgleichend tätig werden. Es sei nicht richtig von Herrn Fleischmann, wenn er den Ratsmitgliedern unterstelle, sie würden nichts für Bedürftige tun. Das Gegenteil sei der Fall.

Herr Morich erklärte, er habe sich bei der Sozialabteilung der Stadt kündigt gemacht, welche Leistungen im Rahmen von ALG II (Hartz 4) gezahlt werden. Eine Familie mit zwei Kindern im Alter von 14 – 16 Jahren erhalte beispielsweise einen Betrag von monatlich 1.194,00 €. Weiterhin habe die-

se Familie Anspruch auf eine Wohnung von mind. 85 qm. Die Miete werde bis zu eine Höhe von 545,00 € durch das Sozialamt übernommen, wobei ferner ein Heizkostenzuschuss möglich sei. Insgesamt ergebe sich ein Betrag von rd. 1.845,00 €, welcher der Familie vom Staat zur Verfügung gestellt werde. Herr Morich wies darauf hin, dass vielen Familien, die keine Sozialhilfe bezögen, monatlich zum Teil weniger Geld zur Verfügung stehe. Herr Fleischmann hätte seiner Ansicht nach statt der von ihm angesprochenen Stadt Burghausen und dem Ort Witzwort eher die Stadt Lehrte als positives Beispiel benennen sollen. Die Stadt Lehrte schaffe im kommenden Jahr 150 neue Arbeitsplätze. Dies sei genau der richtige Ansatz. Man benötige mehr Arbeitsplätze, um den Aufenthalt in Hartz 4 auf einen möglichst kurzen Zeitraum zu beschränken und somit Kosten zu senken.

Beschluss:

Der Rat lehnte mit 1 Ja-Stimme und 31 Nein-Stimmen den Antrag des Linksbündnisses Burgdorf vom 17.09.2008 hinsichtlich der Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe für Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII ab.

10. Stellenplanentwurf 2009 Vorlage: 2008 0423

Zunächst bedankte sich **Herr Pilgrim** bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Einrichtungen der Stadt für die geleistete Arbeit im Jahr 2008. Sie erfüllten mit großem Engagement und über das Normalmaß hinaus ihre Aufgaben. Im Vergleich zu anderen Kommunen in der Region sei die Stadt personell schwach ausgestattet.

Trotz des defizitären Haushaltes 2009, über welchen der Rat nunmehr entscheiden müsse, habe die Verwaltung einen hohen Anteil an Stellenforderungen vorgelegt, welche den Haushalt zusätzlich belasteten. Hierbei seien noch nicht die Personalkosten für die geplante Kindertagesstätte- Nordwest berücksichtigt, da noch nicht sicher sei, wer Träger dieser Einrichtung werde. Vor diesem Hintergrund frage sich sicherlich mancher, wie ein Unternehmen, welches „rote Zahlen“ schreibe, noch zusätzliches Personal einstellen könne. Man müsse jedoch darauf hinweisen, dass die Verwaltung kein Wirtschaftsunternehmen sei, sondern eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, welche hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen habe. Die Durchführung dieser hoheitlichen Aufgaben sei gesetzlich vorgeschrieben, unabhängig von der finanziellen Lage. Zur Aufgabenerfüllung sei es daher notwendig, eine Mindestausstattung an Personal sicherzustellen. Gleichwohl sei es der SPD-Fraktion nicht leicht gefallen, den hohen Stellenbedarf zu akzeptieren. Man müsse der Verwaltung jedoch Vertrauen entgegenbringen und ihr unterstellen, dass der Bedarf vor Aufstellung des Stellenplanentwurfes sehr sorgfältig geprüft worden sei. Allerdings sei man an einigen Stellen den Vorstellungen der Verwaltung nicht gefolgt. Die Gründe hierfür erörterte Herr Pilgrim im Anschluss.

Er bezog sich unter anderem auf die Schaffung einer weiteren Planstelle im Bereich „Beistandschaften“ (Jugendverwaltungsabteilung) sowie im Bereich der Sozialabteilung. Die Entwicklung der tatsächlich entstehenden Mehrarbeit solle in beiden Bereichen zunächst abgewartet werden, so dass von Seiten der SPD-Fraktion jeweils eine halbe Planstelle für sinnvoll erachtet werde. Im Bereich der Jugendverwaltungsabteilung soll diese zunächst auf drei Jahre befristet sein. Besonders schwer getan habe sich die Fraktion

mit der Schaffung der Saisonarbeiterstellen für den städtischen Bauhof. Man habe nach eingehender Beratung nunmehr eine Saisonarbeiterstelle akzeptiert. Es sei ferner angeregt worden, den Bereich Bauhof sowie Gärtnerbauhof durch den Controller der Stadt prüfen zu lassen um Synergieeffekte zu nutzen. Die Schaffung zweier zusätzlicher Ausbildungsplätze für das „JohnnyB“ (ehemals Haus der Jugend Burgdorf) sei von der Fraktion begrüßt worden. Alle sonstigen in der Vorlage 2008 0423 genannten Stellen würden von der Mehrheitsgruppe getragen und man werde den Vorlagen 2008 0423, 2008 0423/1 , 2008 0423/2 und 2008 423/3 zustimmen.

Herr Obst wies darauf hin, dass der Personalhaushalt einen großen Faktor im Rahmen des Haushalts 2009 darstelle. Man habe sich daher in der CDU-Fraktion sehr intensiv und kontrovers mit den Personalwünschen der Verwaltung auseinandergesetzt. Man habe vollstes Verständnis dafür, dass die anstehenden Verwaltungsaufgaben zeitnah und zur Zufriedenheit der Kunden durchgeführt werden müssen. Dies sei auch der Wunsch seiner Fraktion. Man wisse durchaus die Leistung der Mitarbeiter(innen) der Stadt zu würdigen und spreche daher allen einen uneingeschränkten Dank aus.

Im Anschluss erörterte **Herr Obst**, welche Positionen im Stellenplanentwurf 2009 durch die CDU-Fraktion mitgetragen werden. Er bezog sich hierbei auf die Schaffung einer Halbtagsstelle „Internet“ und einer Halbtagesstelle „Gefährdungsbeurteilungen“, zumal man bei letzterer dem Gewerbeaufsichtsamt gegenüber in der Pflicht stehe. Strittig sei zunächst die Schaffung einer Halbtagesstelle für die Kanzlei gewesen. In den Sitzungen der Fachausschüsse sowie des Verwaltungsausschuss sei durch die Verwaltung die Notwendigkeit der Schaffung dieser Stelle aber glaubhaft versichert worden. Sie werde nunmehr durch die Fraktion mitgetragen.

Hinsichtlich der Schaffung einer weiteren Planstelle im Bereich „Beistandschaften“ und „Erziehungsbeistandschaften (Jugendverwaltungsabteilung)“, bedingt durch gravierende Änderungen im Unterhaltsrecht, werde von Seiten der CDU-Fraktion ebenfalls zunächst eine Halbtagestelle für sinnvoll erachtet, wobei die Stelle befristet sein solle. Ferner begrüße die CDU-Fraktion die Schaffung zweier Ausbildungsstellen für das „JohnnyB“. Die Stadt beweise damit, dass sie auch ihrer sozialen Verantwortung gerecht werde. Keine Einwände habe die Fraktion gegen die Schaffung einer neuen Stelle im Bereich der Finanz- und Steuerabteilung. Die Betreuung der Anlagenbuchhaltung erfordere einen hohen Kenntnisstand und qualifiziertes Wissen. Mit der Einführung der Doppelten Buchführung (Doppik) sei dies von hoher Bedeutung. Die CDU-Fraktion habe sich ebenfalls schwer getan mit den zusätzlichen Stellen für den Gärtnerbauhof. Hier sei man der Ansicht, dass durch Umstrukturierungen innerhalb des Gärtnerbauhofs es möglich sein müsse, die anfallenden Arbeiten mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Im Verwaltungsausschuss sei man mit dem Antrag zur Streichung dieser Stellen leider gescheitert. Die CDU-Fraktion sei nach wie vor der Auffassung, dass diese beiden Stellen nicht notwendig seien.

Um die einzelnen Bereiche der Verwaltung noch effektiver und effizienter zu gestalten, sei seinerzeit ein Mitarbeiter für den Bereich „Controlling“ eingestellt worden. Die CDU-Fraktion halte es als zwingend notwendig, als nächstes Projekt den Bereich Bauhof und Gärtnerbauhof durch den „Controller“ prüfen zu lassen. Berücksichtigt seien im Stellenplan auch die Auswirkungen tarifrechtlicher Regelungen im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst. Auf diese Veränderung hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ein Recht, allerdings stelle die im Zuge einer geänderten Stellenbeschreibung erfolgte Eingruppierung des Controllers

nach Entgeltgruppe 12 TvöD einen nicht unerheblichen Kostenfaktor dar.

Abschließend erklärte **Herr Obst**, die CDU-Fraktion werde dem Stellenplanentwurf 2009 mit „ungutem Gefühl“ zustimmen. An Herrn Baxmann gerichtet bat **Herr Obst** darum, zukünftig alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen auszuschöpfen, bevor weitere Planstellen geschaffen werden. Des Weiteren wolle er erwähnen, dass das Niedersächsische Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit als Instrument zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Aufgabenerfüllung die Möglichkeit vorgebe, interkommunal gleiche Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. In diesem Zusammenhang könne man beispielsweise die Bearbeitung von Personalangelegenheiten mit den Nachbarkommunen zusammenfassen und gemeinsam bearbeiten.

Bezugnehmend auf die Aussage des Herrn Pilgrim, ein Unternehmen könne „nur das Geld ausgeben, was es einnehme“, wies **Herr Lüdecke** darauf hin, dass ein Unternehmen aufgrund finanzieller Engpässe Kredite aufnehmen, um weiterhin Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Ein Unternehmen würde jedoch in einer solchen Situation nie die Betriebskosten einschließlich der Personalkosten erhöhen. Ferner sei es gesetzliche Aufgabe der Stadt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies sei nicht gelungen. Erhöhte Personalkosten von 1,1 Millionen stellten einen nicht unerheblichen Betrag im Haushalt 2009 dar.

Zwei Dinge würden von der FDP-Fraktion jedoch ausdrücklich befürwortet. Hierzu gehöre unter anderem die Schaffung zweier Ausbildungsplätze im „JohnnyB“. Da nach Ende der Ausbildung keine Übernahme geplant sei, erfahre der Haushalt nach Ende der Ausbildungszeit keine weitere Belastung. Zum anderen sei klar, dass die Umstellung auf die doppelte Buchführung (Doppik) eine Erhöhung des Personalaufwandes erfordere.

Der Stellenplanentwurf 2009 erwecke den Eindruck, dass der Haushalt der Stadt hierdurch langfristig belastet werde. Aus diesem Grund werde sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung zu dieser Vorlage der Stimme enthalten.

Hinsichtlich der interkommunalen Zusammenarbeit merkte **Herr Lüdecke** abschließend an, dass das Innenministerium die Kommunen aufgerufen habe, Projekte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit zu entwickeln, um Kosten zu sparen. Er sehe in der Verwaltung der Stadt Burgdorf hierzu keinen Ansatz. Ferner verwies er auf eine im Landkreis Gifhorn durch ein externes Unternehmen durchgeführte Untersuchung im Bereich der Finanzwege und der Bearbeitung im Sozialhaushalt. Das Gutachten habe 100.000,00 € gekostet. Hierdurch hätten im Folgejahr jedoch 2,5 Millionen € an Kosten eingespart werden können. Ähnliche Wege hätte er sich von der Verwaltung in Burgdorf zumindest ansatzweise gewünscht.

Herr Rohde wies zunächst darauf hin, dass der Rat gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung nicht verpflichtet sei, den Angaben der Verwaltung zu „vertrauen“. Der Rat sei lediglich dazu verpflichtet, die Angaben der Verwaltung zu überprüfen. Der Personalhaushalt weise im Vergleich zum Vorjahr eine Kostensteigerung von 7 % dar. Seit dem Jahre 2000 stelle dies eine Steigerung von rd. 30 % dar, seit der Bürgermeisterchaft des Herrn Baxmann von 13 %. Man müsse sich daher überlegen, wie es zukünftig weitergehen solle. Er glaube nicht, dass er im kommenden Jahr einem solchen Stellenplanentwurf zustimmen werde. Er

frage sich, wie die Verwaltung es immer wieder schaffe neue Stellen hervorzubringen. Herr Rohde wies abschließend darauf hin, dass er der Vorlage nur sehr ungern zustimme, im nächsten Jahr würde er dies nicht mehr tun.

An Herrn Lüddecke gerichtet wies **Herr Pilgrim** darauf hin, dass es sich bei der Summe, welche die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ausmache, im Wesentlichen um eine tarifliche Steigerung handele, worauf man keinen Einfluss habe. In den vergangenen Jahren sei im öffentlichen Dienst lediglich eine geringe Zuwachsrate zu verzeichnen gewesen. Im vergangenen Jahr sei nunmehr eine höhere prozentuale Anpassung erfolgt, welche man hinnehmen müsse.

Herr Baxmann bedankte sich zunächst für das entgegengebrachte Vertrauen, das dadurch zum Ausdruck komme, dass der Großteil der Ratsfrauen und Ratsherren in Aussicht gestellt habe, dem Stellenplan zuzustimmen.

An Herrn Rohde gerichtet erklärte **Herr Baxmann**, dieser habe von einer Personalkostensteigerung von 13 % unter seiner Bürgermeisterschaft gesprochen. Hierzu bat er Herrn Rohde, diese 13 % durch fünf Jahre Amtszeit, abzüglich der Steigerung aufgrund tariflicher Erhöhungen, zu teilen. So errechne sich eine Steigerungsrate, welche deutlich unter der Rate liege, welche in anderen Bereichen, auch in der freien Wirtschaft, zu verzeichnen sei.

Herr Baxmann erklärte weiterhin, er würde mit Begeisterung ein Unternehmen führen wollen, das ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gesetzen unterliege. Dies könne eine Stadtverwaltung jedoch nicht. So stelle sich die Frage, was dies beispielsweise für die Stadtbücherei zur Folge habe. Würde man rein betriebswirtschaftlich arbeiten, gäbe es keine Stadtbücherei mehr. Die Stadt habe aber u.a. einen öffentlichen Bildungsauftrag zu erfüllen, dem man gerecht werden müsse.

Abschließend erklärte **Herr Baxmann**, dass - wolle man eine qualitativ anspruchsvolle und effektive Verwaltung im Interesse der Bürger zur Verfügung stellen - man hierfür auch das notwendige Personal benötige.

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn gab zu bedenken, man belaste mit dem vorgelegten Stellenplan kostenmäßig nicht nur das Haushaltsjahr 2009, sondern auch die kommenden Haushaltsjahre. Sie persönlich werde dem vorgelegten Stellenplan 2009 nicht zustimmen, zumal die Haushaltsmittel hierdurch endgültig festgelegt seien und nicht für andere Bereiche wie Bildung und Soziales in Anspruch genommen werden könnten.

Herr Fleischmann erklärte, das Linksbündnis sei der Ansicht, dass im Rahmen einer effektiven Verwaltungstätigkeit auch das entsprechende Personal erforderlich sei. Allerdings kritisiere er das Fehlen eines Hartz 4-Beauftragten. Die Bezieher von ALG II in der Stadt benötigten eine Lobby. Da er davon ausgehe, dass sein Änderungsantrag ohnehin abgelehnt werde, enthalte er sich bei der Abstimmung über den Stellenplan.

Beschluss:

Bei 25 Ja-Stimmen, 3 Nein- Stimmen sowie 4 Enthaltungen wurde der Stellenplan 2009 (der dem Originalprotokoll als Anlage E beige-fügt ist) in der Fassung der Vorlage 2008 0423/3 beschlossen.

- 10.1. **Stellenplanentwurf 2009;**
hier: Berichtigungen der schematischen Übersichten
Vorlage: 2008 0423/1
-

Siehe TOP 10

- 10.2. **Stellenplanentwurf 2009;**
hier: Schaffung von zwei Ausbildungsplätzen im 'JohnnyB.'
Vorlage: 2008 0423/2
-

Siehe TOP 10

- 10.3. **Stellenplanentwurf 2009;**
hier: Ergebnisse der Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses
vom 08.12.2008
Vorlage: 2008 0423/3
-

Siehe TOP 10

11. **Entwurf Haushaltsplan 2009**
Vorlage: 2008 0421
-

Frau Meinig stellte einen Antrag auf Einstellung von weiteren 15.000,00 € in den Haushalt 2009 für die Sanierung der Decke des Kindergartens in der Ortschaft Ramlingen-Ehlershausen. Aufgrund des defizitären Haushaltes sei dies , so Frau Meinig, keine leichte Entscheidung gewesen, gleichwohl sei im Zuge des Anbaus an den Kindergarten festgestellt worden, dass auch in dem Altbau Sanierungsbedarf bei sämtlichen Decken bestehe, und zwar primär im Eingangsbereich aus akustischen Gründen, aber auch wegen der zu erwartenden Einsparungen im Bereich der Energiekosten, da zusätzlich eine Wärmedämmung eingebracht werden solle.

Frau Leykum bemängelte, dass dieser Antrag, ohne vorher in einem Ausschuss beraten worden zu sein, nunmehr im Rat gestellt werde.

Herr Walter wies darauf hin, dass dieser Sachverhalt bereits im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Rede gekommen sei. Ferner handele es sich um den Einbau von Akustikdecken, nicht um das Streichen der Decken.

Herr Obst erklärte, die CDU-Fraktion halte die Einstellung von 15.000,00 € für die komplette Sanierung der Decken für nicht ausreichend. Die CDU-Fraktion habe im Fachausschuss bereits den Antrag gestellt, 30.000,00 € für die Deckensanierung einzustellen. Dieser Antrag sei abgelehnt worden. Die CDU-Fraktion beantrage nunmehr erneut die Einstellung von 30.000,00 € zur Sanierung der Decken, Verbesserung der Akustik und ferner, um die gesamte Optik heller erscheinen zu lassen.

Herr Pilgrim bat um eine Unterbrechung der Sitzung zwecks Beratung.

Die Sitzung wurde in der Zeit von 17:35 Uhr bis 17:42 unterbrochen.

Nach der Unterbrechung bat **Herr Walter** zunächst um Abstimmung über den Antrag des Herrn Obst, in den Haushalt 2009 30.000,00 € für die Sanierung der Decke des Kindergartens in der Ortschaft Ramlingen-Ehlershausen einzustellen.

Mit 17 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und 11 Ja-Stimmen wurde der Antrag des Herrn Obst durch den Rat abgelehnt.

Herr Fleischmann war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Im Anschluss bat **Herr Walter** um Abstimmung über den Antrag von Frau Meinig, in den Haushalt 2009 15.000,00 € für die Sanierung der Decke des Kindergartens in der Ortschaft Ramlingen-Ehlershausen einzustellen.

Der Rat beschloss mit 15 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen auf Antrag von Frau Meinig, in den Haushalte 2009 15.000,00 € für die Sanierung der Decken im Kindergarten Ramlingen-Ehlershausen einzustellen.

Herr Fleischmann war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Herr Hinz wies zu Beginn seiner Ausführungen zum Haushalt 2009 darauf hin, dass Frau Gersemann und er sich die Ausführungen teilen würden. **Frau Gersemann** gehe nach seinem Vortrag auf das Kernthema Schule, Kinder und Soziales ein, wohingegen er sich auf die übrigen Punkte beschränken werde.

Herr Hinz wies darauf hin, dass die finanzielle Lage der Stadt abhängig sei von externen Einflüssen, wie beispielsweise der Konjunktur, vom Anteil der Stadt an den Einnahmen der Einkommensteuer, vom Erfolg oder Misserfolg der Unternehmen der Stadt Burgdorf und letztendlich als Dienstleistungsunternehmen „Stadt“ von der Entwicklung der Löhne und Gehälter, die den Beschäftigten zu zahlen seien. Ferner werde für das nächste Jahr eine Rezession prognostiziert.

In Bezug auf den Haushalt sei festzustellen, dass von Seiten der SPD-Fraktion nur geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung vorgenommen worden seien. Wünsche seien viele vorhanden, auch seien zahlreiche notwendige Maßnahmen nicht aufgenommen worden. Streichungen von Maßnahmen seien aus Sicht der Fraktion nicht möglich gewesen, ohne massiv in den Leistungskatalog der Stadt einzugreifen. **Herr Hinz** wies darauf hin, dass Kommunen im Gegensatz zu einem privatwirtschaftlichen Unternehmen, welches gewinnorientiert arbeite, aufga-

benorientiert handeln müssen. Aufgabenorientierung bedeute, dass zunächst festgestellt werden müsse, was die Kommune für ihre Bürgerinnen und Bürger zu leisten habe. Hiernach werde die notwendige Finanzierung vorgenommen. Herr Hinz ging noch einmal kurz auf die Kostensteigerungen im Bereich Personal ein. Die übrigen Positionen im Verwaltungshaushalt seien überwiegend Fortschreibungen der Ansätze aus dem Haushaltsjahr 2008. Lediglich bei den Kosten für Energie seien Zuschläge erfolgt. Der Vermögenshaushalt sei gekennzeichnet durch eine starke Kreditfinanzierung für Investitionen. Insgesamt seien für das kommende Haushaltsjahr ca. 9 Millionen Euro an Investitionen vorgesehen, was jedoch auch einer Ausweitung der Verschuldung von ca. 5,5 Millionen Euro geschuldet sei. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass der Haushaltsplan sich an der Realität orientiere und aus Sicht der SPD-Fraktion alle wichtigen Themenbereiche abdecke. Die drei Schwerpunkte der SPD-Fraktionen seien die Bereiche Schule, Kinder und Soziales, die Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sowie die Förderung der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine im Bereich Sport und Kultur.

Abschließend erklärte **Herr Hinz**, die Haushaltsberatungen seien auch dieses Mal sachlich und fair verlaufen. Es sei zielorientiert diskutiert worden, wobei man von der Finanz- und Steuerabteilung eine hervorragende Unterstützung erfahren habe. Dafür spreche er einen Dank aus an alle Fraktionen sowie die Mitarbeiter der Finanz- und Steuerabteilung, insbesondere Herrn Philipps sowie Herrn Hammermeister. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt 2009 im Übrigen zustimmen.

Frau Gersemann erklärte, im Bereich der Bildung verfolge man das Ziel, Kinder in ihrer Gesamtpersönlichkeit positiv zu bestärken. Das Leitmotiv sei, die Kinder frühzeitig zu erreichen und möglichst langfristig zu unterstützen. Bei den Krippenplätzen sei Zielvorgabe, dass bis zum Jahre 2013 für 35 % aller Kinder im Alter von 1 – 3 Jahren ein Krippenangebot vorgehalten werde. Dies bedeute für die Stadt Burgdorf konkret 150 Plätze. Dieses Ziel werde voraussichtlich zwei Jahre vor dem gesetzten Termin (2013) erreicht. Durch das umfangreiche Angebot an Krippenplätzen erreiche man die Kinder früh. Mit der Einstellung von 60.000,00 € in den Haushalt für die pädagogische Projektarbeit in den Kindergärten werde ein Zeichen für eine qualitativ hochwertige Förderung insbesondere der Kinder gesetzt, die eine besondere Entwicklung in der Sprachentwicklung benötigen.

Ferner werde die Arbeit in den Burgdorfer Schulen durch zahlreiche Maßnahmen begleitet. Anhand von Beispielen erläuterte Frau Gersemann einige Projekte. Des Weiteren seien neue Hortplätze im Süden und Westen der Stadt geschaffen worden, die Anbindung an die dortigen Grundschulen sei sinnvoll und die Kooperation funktioniere gut. Weiterhin sei der Zuschuss für die Hausaufgabenhilfe des Kinderschutzbundes und der Kirchengemeinde Sankt Paulus um 6.000,00 € erhöht worden. Als weitere Maßnahmen benannte Frau Gersemann die Sanierung der Turnhalle der Realschule sowie die Schaffung eines Fachraumes für Naturwissenschaften im Gymnasium. Des Weiteren seien die Bereiche Sport, Forschung, aber auch das zukünftig im Gymnasium angebotene frisch gekochte Essen unverzichtbare Kriterien für den Bildungsstandort Burgdorf. Die Summe von 30.000,00 €, welche für Schulbeihilfen in den Haushalt eingestellt worden sei (sog. Starterpaket), sei ein wichtiger Schritt um die Chancengleichheit im Bereich der Bildung zu ermöglichen. Die Unterstützung der Jugendlichen dürfe jedoch nicht nach der Schule aufhören. Ausbildungsplätze fordere man daher zu Recht von der Wirtschaft, wobei die Kommunen mit gutem Beispiel voran-

gehen sollten. Bildung sei Prävention, Investitionen in Bildung sei die beste Vorsorge. Diese Vorsorge gebe es jedoch nicht zum Nulltarif. Nur mit einer frühen Förderung und einer langfristigen Unterstützung könne man der schweren wirtschaftlichen Lage begegnen.

Abschließend sprach **Frau Gersemann** einen Dank an die Abteilung für Schule, Kultur und Sport, die Jugendverwaltungsabteilung, das Jugendamt und auch die Jugendpflege für die gute Zusammenarbeit aus, ebenso an die Finanz- und Steuerabteilung für die zuverlässige Unterstützung bei den Haushaltsberatungen sowie die Ratsfrauen und Ratsherren im Hinblick auf das faire Ringen um bestmögliche Lösungen.

Zunächst merkte **Herr Obst** zu den Ausführungen von Frau Gersemann an, hieraus sei zu schließen, dass die von ihr genannten Positionen allein auf die Initiative der SPD-Fraktion zurückzuführen seien. An den von ihr aufgeführten Positionen seien alle Fraktionen beteiligt gewesen. Im Übrigen stehe auch die CDU-Fraktion zu den getroffenen Entscheidungen in den Ausschüssen.

Herr Obst erörterte zunächst die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in Deutschland. Von diesen externen Einflüssen sei auch der Haushalt der Stadt Burgdorf betroffen, was sich letztlich im Haushalt 2009 niederschläge. Die Prognose für das Jahr 2009 und die kommenden Jahre sei „düster“. Dies ändere jedoch nichts an der Tatsache, dass es sich bei notwendigen Sanierungen von Kindergärten und Schulen um Investitionen in die Zukunft handele. Den Prognosen zufolge werde das Gewerbesteueraufkommen der Stadt Burgdorf beispielsweise um 530.000,00 € niedriger liegen als im Jahre 2008. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werde um rd. 136.000,00 € verringert. Im Gegenzug steige die Regionsumlage um 783.000,00 €. Er begrüße daher außerordentlich die geplante Änderung des Regiongesetzes mit dem Ziel einer gerechteren Lastenverteilung.

Herr Obst erklärte weiterhin, der zu verabschiedende Haushalt sei durch eine Kreditaufnahme von 5,5 Millionen Euro gekennzeichnet, u.a. für Investitionen in das seit Jahren von der CDU-Fraktion geforderte Gewerbegebiet Nord-West. Die Schaffung dieses Gewerbegebietes sei dringend notwendig um Arbeitsplätze zu schaffen, den Wirtschaftsstandort Burgdorf zu stärken und das Gewerbesteueraufkommen zu steigern. Die CDU-Fraktion bedauere es, dass zwingend notwendige Investitionen von rd. 8,7 Millionen Euro nicht in den Haushalt hätten eingebracht werden können, beispielsweise für die Sanierung von Straßen und des Kanalsystems. Dies gehe letztlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Man müsse daher über neue Wege unvoreingenommen nachdenken, um die Stadt Burgdorf auch für die Zukunft lebenswert zu gestalten.

Er wies ferner darauf hin, dass der Personalhaushalt einen hohen Kostenfaktor im Haushalt darstelle. Um beispielsweise Ausgaben im Personalbereich einzusparen, mache es Sinn, für die in der Zuständigkeit der Stadt befindlichen Straßen den Reinigungsdienst auf die Bürger zu verlagern. Des Weiteren habe die CDU-Fraktion nicht die Absicht, die kulturelle Vielfalt in der Stadt Burgdorf zu begrenzen und wünsche sich daher eine Gleichbehandlung aller Vereine. Vor diesem Hintergrund werde bemängelt, dass beispielsweise ein Zuschuss für den Kulturverein Jazzfreunde Altkreis Burgdorf e.V. nicht gewährt worden sei, wohingegen andere Vereine ohne Weiteres Zuschüsse erhalten würden. Weiterhin wies Herr Obst darauf hin, dass für die Zubereitung von frisch zubereitetem Essen in der Mensa des Gymnasiums rd. 110.000,00 € in den Haushalt eingestellt worden seien.

Die CDU-Fraktion erachte die Entscheidung, dem neuen Pächter eine finanzielle Bürde von rd. 80.000,00 € aufzuerlegen, auch wenn er dies freiwillig getan habe, als nicht sinnvoll. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass der neue Pächter dadurch einer ungewissen Zukunft entgegentrete, da nicht absehbar sei, ob das Essensangebot wie gewünscht angenommen werde. Ferner werde es nicht für sinnvoll erachtet dem Pächter zu gestatten, aus einer schulischen Einrichtung heraus als Caterer tätig zu werden. Dies stelle eine Konkurrenz zu der bereits vorhandenen Gastronomie in der Stadt dar.

Herr Obst stellte als weiteren Themenschwerpunkt der CDU-Fraktion die Gestaltung bzw. Veränderung des Feuerwehrhauses in Heebel dar. Man erwarte nun endlich Ergebnisse von der Verwaltung.

Herr Obst machte deutlich, dass viele weitere Maßnahmen notwendig seien, manche davon aber aufgrund der Haushaltslage auf spätere Jahre hätten verschoben werden müssen. Die „Bewegungsfreiheit“ des Rates sei aufgrund der bestehenden finanziellen Situation eingeschränkt, so dass man sich lediglich auf eine Umverteilung und das „Stopfen von Löchern“ beschränken müsse. In diesem Zusammenhang begrüße man die Anlegung eines Radweges entlang des südlichen Gewerbegebietes, die Sanierung des Eingangs der Kapelle und des Glockenturms der Ortschaft Sorgensen sowie die Sanierung der Decken in der Kindertagesstätte in Ramlingen-Ehlershausen.

Abschließend erklärte **Herr Obst**, dass die Haushaltsberatungen in diesem Jahr zwar nicht einfach, aber fair verlaufen seien. Auf der einen Seite fehle es an Geld für dringend notwendige Maßnahmen, auf der anderen Seite müsse man den Verpflichtungen gerecht werden. Er sei jedoch davon überzeugt, dass man im Rahmen einer gemeinsamen Verantwortung auch solche schwierigen Zeiten überstehen werde. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt 2009 zustimmen.

Herr Lüddecke wies zunächst darauf hin, dass die wesentlichen Inhalte des Haushalts 2009 durch seine Vorredner/-in bereits angesprochen worden seien. An die SPD-Fraktion gerichtet, erklärte **Herr Lüddecke**, es entstehe teilweise der Eindruck, als seien die im Rahmen des Haushalts zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und Investitionen „Wohltaten“, welche der Bürger erfahre. Es handele sich hierbei um Steuermittel, somit um Gelder, welche den Bürgern gehörten und nach gesetzlichen Vorgaben und bestimmten Prioritäten zu verwenden seien. Er wolle daher einen anderen Ansatz wählen und seinen Themenschwerpunkt auf die Einnahmen legen. Er habe festgestellt, dass die Einnahmen bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer in den Nachbarkommunen Lehrte und Burgwedel wesentlich höher seien als bei der Stadt Burgdorf. Hier gebe es Versäumnisse in der Vergangenheit, die er nunmehr erläutern wolle.

In den letzten Jahren sei diesbezüglich von Seiten der Verwaltung zu wenig unternommen worden. Dies erwähne er nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Stadtentwicklungsprozesses. In der ersten Sitzung des Lenkungsausschusses sei vom Vorsitzenden des Stadtmarketings angefragt worden, wie sich die Zielsetzung der Stadt Burgdorf darstelle: Burgdorf als „lebenswerte Stadt“ oder auch Gewerbeentwicklung mit dem Ziel der Einnahmenerhöhung durch die Gewerbesteuer?

Die Einnahmen, so erklärte **Herr Lüddecke** weiter, bei der Einkommens-

teuer von rd. 10 Millionen € stünden im Vergleich zu Einnahmen bei der Gewerbesteuer von rd. 4 Millionen € in keiner Relation zueinander. Hier müsse man gegensteuern durch eine neue Zielsetzung im Rahmen des Stadtentwicklungsausschusses. Diese Ziele sollten in dem neu zu gründenden Stadtentwicklungsausschuss neu formuliert werden. So sei die Stadt Burgdorf vielleicht bald nicht nur die „Stadt im Grünen“, sondern auch eine „Gewerbestadt“, welche neue Arbeitsplätze schaffe und die Einkommenssteuerquote steigere. Hierzu verwies Herr Lüddecke auf einen Artikel einer örtlichen Zeitung und verlas diesen auszugsweise. Laut diesem Artikel seien nach Angaben des Herrn Pilgrim die geringen Einnahmen der Stadt der von den USA ausgehenden weltweiten Finanzkrise geschuldet. Diese Aussage erwecke einen falschen Eindruck. Nachfolgend erläuterte **Herr Lüddecke** die Einnahmensituation der Stadt im Bereich des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes.

Hinsichtlich des Verwaltungshaushaltes merkte **Herr Lüddecke** an, dass der größte Kostenfaktor bei den Personalausgaben liege. Hierüber sei bereits debattiert worden und man sei von Seiten der Fraktion der Ansicht, dass in diesem Bereich gegebenenfalls andere Wege von Seiten der Verwaltung hätten beschritten werden können.

Des Weiteren wies **Herr Lüddecke** darauf hin, dass die Hebesätze der Regionsumlage für 2009 um 2% angehoben werden sollen. Dies belaste die Kommunen der Region Hannover zusätzlich. Die FDP-Regionsfraktion habe im Jahre 2006 bei der Kommunalwahl zugesagt, dass es mit ihr innerhalb der Wahlperiode bis zum Jahre 2011 keine Erhöhung der Hebesätze geben werde. Zu dieser Aussage stehe man nach wie vor. Die FDP-Regionsfraktion sehe Gründe für eine Erhöhung der Regionsumlage nicht gegeben.

Die FDP-Fraktion begrüße ferner außerordentlich die Neuregelung des Regiongesetzes, insbesondere, wenn hierdurch für die Stadt eine Entlastung eintrete.

Abschließend erklärte **Herr Lüddecke**, seine Fraktion begrüße u.a. die Erhöhung der Ansätze für die städtischen Kindergärten und im Bereich des Vermögenshaushalts die Ansätze für das Gewerbegebiet Nord-West. Eine weitere positive Investition sei der Neubau der Kindertagesstätte Nord-West sowie die Erweiterung der Kindertagesstätte in der Ortschaft Otze. Als eine ökologisch sinnvoll Maßnahme sehe man den Austausch der Straßenlaternen, zumal sich diese Investition in den nächsten Jahren amortisiere.

Die FDP-Fraktion stimme dem Haushalt 2009 zu, da man der Ansicht sei, dass die Verwaltung unter den gegebenen Umständen einen Haushalt vorgelegt habe, welcher die Schwerpunkte, insbesondere im Bereich Investitionen, richtig gesetzt habe. Die notwendigen Aufgaben seien, mit Ausnahmen, in ausreichendem Maße erfüllt worden. In diesem Zusammenhang spreche man einen Dank an die Finanz- und Steuerabteilung aus. Weiterhin bedanke man sich für die konstruktive Zusammenarbeit im Finanzausschuss.

Herr Baxmann nahm zu den Redebeiträgen ausführlich Stellung aus der Sicht der Verwaltung. An Herrn Lüddecke gerichtet, wies **Herr Baxmann** darauf hin, dass man die Städte Lehrte und Burgwedel aufgrund ihrer wirtschaftsgeografischen Situation nicht mit der Stadt Burgdorf vergleichen könne.

Herr Fleischmann erklärte, er habe den Haushaltsplan bereits im vergangenen Jahr abgelehnt und dies mit der Verschuldung im Hinblick auf das Gewerbegebiet Nord-West sowie einer drohenden Rezession begründet. Seinerzeit sei er von den Ratsfrauen und Ratsherren nicht ernst genommen worden. Er habe angeregt, man solle das Geld statt für den Grundstücksankauf im Gewerbegebiet Nord-West lieber für soziale Leistungen, die Sanierung der Schulen, den Bau von Radwegen oder andere dringend notwendige Maßnahmen verwenden. Um seine Aussage hinsichtlich der derzeitigen wirtschaftlichen Lage zu bekräftigen, bezog er sich auf einen Bericht einer Tageszeitung und verlas diesen auszugsweise. Herr Fleischmann erklärte weiter, die deutsche Wirtschaft sei seit dem Jahre 1945 noch nie so stark eingebrochen, wie es jetzt prognostiziert werde.

Herr Fleischmann bemängelte, dass auch in diesem Jahr eine erhebliche Summe für das Gewerbegebiet Nord-West für Kanalisation und Straßenbau in den Haushalt eingestellt worden sei. Die Haushaltsplanung für die kommenden Jahre sei ebenfalls auf „Sand gebaut“. Diese Planung sei verantwortungsloser Optimismus. Vor diesem Hintergrund zitierte er auszugsweise den letzten Absatz auf Seite 1 der Anlage zur Vorlage 2008 0421/1 – Haushaltssicherungskonzept 2009 für die Stadt Burgdorf -. Die dort gemachten positiven Prognosen seien fern der Realität. Er prognostiziere bereits für das nächste Jahr einen gewaltigen Steuereinbruch, hieran werde auch die Erschließung des neuen Gewerbegebietes nichts ändern. Viele soziale Aufgaben und Investitionen, welche die Stadt aufgrund ihrer Investitionen in das Gewerbegebiet Nord-West aufgeschoben habe, werde man im nächsten Jahr ohnehin nicht mehr bezahlen können. Er appelliere daher, bei dem Gewerbegebiet Nord-West aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung die „Notbremse“ zu ziehen.

Abschließend erklärte **Herr Fleischmann**, er werde den Haushalt 2009 aus vollster Überzeugung ablehnen.

Herr Braun erklärte, die wesentlichen Positionen zum Haushalt 2009 seien durch die Vorredner/-in bereits erwähnt worden. Festzustellen sei, dass man im Rat der Stadt weitestgehend der Auffassung sei, dass die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf nicht „hausgemacht“, sondern durch externe Faktoren beeinflusst sei. Ferner sei der vorgelegte Haushalt konsensfähig, da er die Realität wiedergebe. Dies sei auch der guten Vorarbeit der Verwaltung geschuldet, so dass keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden mussten. Ferner sei davon auszugehen, dass das Gewerbegebiet Nord-West ein Mehr an Gewerbesteuer und an Arbeitsplätzen einbringe. Von daher sehe er die Erschließung des Gewerbegebietes Nord-West als positiv. Des Weiteren erläuterte er die Planung hinsichtlich der Veränderung des Stadtfriedhofs.

Ein Anliegen seiner Fraktion sei die Renaturierung des Möschgrabens. Vor dem Hintergrund des Themenjahres 2009 „Stadt, Land, Fluss“ stelle sich nunmehr die günstige Gelegenheit dar, diese Maßnahme mit ehrenamtlichen Kräften durchzuführen. Der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) habe sich diesbezüglich bereit erklärt, seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Dies sei ein Beispiel, wie mit einem geringen Aufwand und ehrenamtlicher Mitarbeit etwas geleistet werden könne.

Abschließend erklärte **Herr Braun**, er begrüße es, dass von einer relativ breiten Mehrheit im Rat der Stadt die Zustimmung zu dem vorgelegten Haushalt zu erwarten sei. Trotz der apokalyptischen Ausführungen seines

Vorredners sehe er dem kommenden Haushaltsjahr zuversichtlich entgegen.

Herr Schulz erklärte, es sei bereits vieles zum Haushalt gesagt worden, wobei er auf manches sehr gerne eingehen würde. Dies ändere jedoch nichts an der bestehenden Situation. Er wolle daher keine weiteren Ausführungen tätigen. Abschließend erklärte **Herr Schulz**, seine Fraktion stimme dem Haushalt zu.

An Herrn Lüddecke gerichtet, erläuterte **Herr Hinz**, dass man auf den Einnahmen aus der Gewerbesteuer keinen verlässlichen Haushalt aufbauen könne, da diese konjunkturellen Schwankungen unterworfen sei. In Bezug auf den Redebeitrag des Herrn Fleischmann zu dem Gewerbegebiet Nord-West erwähnte er ferner, dass durch die Entwicklung dieses Gewerbegebietes u.a. neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

In Bezug auf die Anhebung der Regionsumlage erwähnte **Herr Lüddecke**, vor dem Hintergrund der Steigerung der Regionsumlage sei die Verwaltung gleichwohl gefordert, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Hinblick auf die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt wolle er abschließend erwähnen, dass es sich hierbei um eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen handele. Ziel der Verwaltung sollte daher die Erhöhung dieser Steuer durch geeignete Maßnahmen sein.

Herr Rohde erklärte, der Verwaltung obliege die Aufgabe, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies sei nicht Aufgabe des Rates der Stadt. Des Weiteren wolle er erwähnen, dass das Gewerbegebiet Nord-West rd. 10 Jahre zu spät erschlossen werde. Die CDU-Fraktion habe des Weiteren schon vor Jahren einen Rathausanbau angeregt, um die zusätzlich entstehenden Kosten für angemietete Räume für die Verwaltung einzusparen. Die Mietkosten machten einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Haushalt aus.

Herr Alker gab im Hinblick auf die Redebeiträge seiner Vorredner noch einige Erläuterungen hinsichtlich der Erhöhung der Regionsumlage. Insgesamt seien durch die Region Hannover jährliche Mehrkosten von rd. 50 Millionen Euro zu tragen. Er wisse darauf hin, dass die Region Hannover viele Maßnahmen zu finanzieren habe. Ferner nutze jeder Einwohner der jeweiligen Kommune die von der Region Hannover unterhaltenen öffentlichen Straßen, die Krankenhäuser oder beispielsweise die berufsbildenden Schulen. Des Weiteren sei die Region Hannover verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, da die Kommunalaufsicht dies fordere. Aus diesem Grund könne bereits eine Vielzahl von Investitionen nicht durchgeführt werden.

Beschluss:

Bei 1 Gegenstimme und 31- Ja-Stimmen beschloss der Rat, die dem Originalprotokoll als Anlage F) beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2009 zu erlassen.

**11.1. Haushaltssatzung 2009; Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 09.12.2008
Vorlage: 2008 0421/2**

siehe TOP 11

**11.2. Haushaltssatzung 2009 - Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 2008 0421/1**

Herr Rohde erklärte, das Haushaltssicherungskonzept entspreche nicht der Realität. Er habe nicht das Gefühl, dass die Finanzplanung, wie dort beschrieben werde, eingehalten werden könne.

Herr Pilgrim erklärte, bei dem Haushaltssicherungskonzept handle es sich um eine Momentaufnahme. Man habe die Situation nach der gegenwärtigen Finanzlage und nach den Vorgaben des Ministeriums hinsichtlich der Zuwachsraten, welche man zugrunde legen müsse, dargestellt. Es habe keinen Sinn, für die Zukunft Zahlen einzuarbeiten, die derzeit noch nicht absehbar seien.

Herr Fleischmann erklärte ebenfalls, die Vorlage entspreche nicht der Realität.

Herr Philipps wies darauf hin, dass diese Prognose an der wesentlichen Situation nichts verändere, da der Haushalt ohnehin in jedem Jahr neu aufzustellen sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig gem. § 82 Abs. 6 NGO das dem Originalprotokoll als Anlage G) beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2009 in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2009 ergibt.

**12. Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 2008 0422**

Die Punkte 12 und 12.1 wurden zusammen behandelt.

**12.1. Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 2008 0422/1**

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 2 Nein-Stimmen und 30 Ja-Stimmen gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 8 NGO das Investitionsprogramm zu den Finanzplanungen 2008 bis 2012 in der Form, wie es sich unter Berücksichti-

gung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2009 ergibt (Anlage H zum Originalprotokoll).

**13. Ernennung des Stadtbrandmeisters und des stellv. Stadtbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf
Vorlage: 2008 0439**

Herr Hinz wies darauf hin, dass der Feuerwehrausschuss die Ernennung von Herrn Anderson und Herrn Schlumbohm bereits einstimmig befürwortet habe. Dem ausscheidenden Stadtbrandmeister Peter Nicks sowie seinem Stellvertreter Gustav-Adolf Buchholz wolle man für ihre geleistete Arbeit ausdrücklich danken. Diese Aufgabe verlange eine Menge an Einsatz. Es sei beispielhaft, wenn sich Menschen so intensiv für andere Menschen einsetzen. Für diesen Einsatz spreche der Rat der Stadt, stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Burgdorf, einen herzlichen Dank aus.

Er wünsche dem neu zu ernennenden Stadtbrandmeister und seinem Stellvertreter sowie auch dem neuen Ortsbrandmeister und seinem Stellvertreter für ihre zukünftige Arbeit viel Erfolg und alles Gute in ihren neuen Ämtern.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig,

Herrn Ulf Anderson

mit Wirkung vom 13. Februar 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 12. Februar 2015) zum Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf und

Herrn Heinrich Schlumbohm

mit Wirkung vom 13. Februar 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 12. Februar 2015) zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf

zu ernennen.

**14. Ernennung des Ortsbrandmeisters und des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Burgdorf
Vorlage: 2008 0440**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig,

Herrn Peter Twesten

mit Wirkung vom 01. Februar 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. Januar 2015) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Burgdorf und

Herrn Rüdiger Kruse

mit Wirkung vom 01. Februar 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. Januar 2015) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Burgdorf

zu ernennen.

15. **Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses; hier: Änderung der Geschäftsordnung**
Bezugsvorlagen: 0006/06/16. WP und 0006/06/16.WP/1
Vorlage: 2008 0442
-

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 31 Ja-Stimmen die als Anlage I zum Originalprotokoll beigefügte 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Burgdorf, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse des Rates, die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse sowie die Ortsräte der Stadt Burgdorf.

Herr Alker war bei der Abstimmung nicht anwesend.

16. **Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses; hier: Verteilung der Ausschussvorsitze und Benennung der/des Vorsitzenden**
Bezugsvorlage: 2008 0442
Vorlage: 2008 0445
-

Herr Rode erläuterte zunächst das Verfahren hinsichtlich der Bildung eines zusätzlichen Ausschusses wie in den entsprechenden Vorlagen bereits dargestellt.

Herr Pilgrim stellte den Antrag, hier im Sinne des § 51 Abs. 10 NGO zu verfahren

Der Rat beschloss sodann **einstimmig** die Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses wie in der Anlage 5 zum Protokoll dargestellt.

17. **Bildung der Ratsausschüsse; hier: Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses**
Bezugsvorlage: 2008 0442
Vorlage: 2008 0443
-

siehe TOP 16

18. **Ergänzung der Ausschüsse des Rates; hier: Bildung eines Stadtentwicklungsausschusses**
Bezugsvorlage. 2008 0442

siehe TOP 16

19. 1. Änderung des Bebauungsplans "Peiner Weg - Duderstädter Weg - Ringstraße", Nr. 0-05/1
- Satzungsbeschluss -
Bezugsvorlage 2008 0394 - Entwurf -
Bezugsvorlage 2008 0386 "Städtebauliche und architektonische Konzepte für Wohnprojekte `Selbstbestimmt Leben im Alter`"
Vorlage: 2008 0450
-

Beschluss:

Der Rat beschloss zu a) und b) einstimmig

- a) Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,
- der in der Zeit vom 30.09.2008 bis 30.10.2008 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB (in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB),
 - der mit Schreiben vom 25.09.2008 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB (in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB),

und beschließt die in der Begründung, Teil 2, beschriebenen Abwägungsvorgänge.

- b) Satzungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-05 mit örtlichen Bauvorschriften „Peiner Weg - Duderstädter Weg - Ringstraße“ (Bebauungsplan-Nr. 0-05/1) in der Fassung vom 14.11.2008 als Satzung.

Der Rat beschließt dem Änderungs-Bebauungsplan die Begründung in der Fassung vom 14.11.2008 beizufügen.

20. Benennung einer Straße/eines Platzes nach Jürgen Rodehorst
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 24.11.2008-
Vorlage: 2008 0467
-

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 24.11.2008 – Vorlage 2008 0467 – in den

Ausschuss für Kultur und Sport zu überweisen.

21. **Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung**
Vorlage: 2008 0433
-

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig nach Vorlage, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen/Abschnitte für die Beleuchtung bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.

22. **Resolution des Rates der Stadt Burgdorf; hier: Verbesserung der Qualität in den Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen**
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 30.11.2008 -
Vorlage: 2008 0468
-

Frau Rück erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 30.11.2008.

Herr Fleischmann erklärte, er bewerte den Antrag der SPD als durchaus positiv. Es sei jedoch wichtig darauf zu achten, dass die Verantwortlichen dies auch ernst nehmen.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 30 Ja-Stimmen die Verabschiedung einer Resolution an den Landtag zur Verbesserung der Qualität in den Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen.

Herr Rohde und Herr Obst waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer